

Benjamin Ziemann

Friedensbewegungen nach 1945 in vergleichender Perspektive in Westeuropa, Japan und den USA. Formen des Protests, Symboliken, politische Kultur

Konferenzbericht der Tagung des Arbeitskreises Historische Friedensforschung,
Institut für soziale Bewegungen, Bochum, 28.–30. Oktober 2005

Das Ziel dieser Tagung war es, die internationale Forschung über Friedensbewegungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges neu zu vernetzen und für vergleichende Analysen miteinander ins Gespräch zu bringen, sowie neue Aspekte, Fragestellungen und methodische Ansätze zu diskutieren. Vor dem Hintergrund der jüngsten Massenbewegungen gegen den Irak-Krieg im Jahr 2003 war es ein weiteres Ziel, die politische und moralische Dimension von Friedensbewegungen zugleich zu akzentuieren und zu historisieren. Die von der Fritz Thyssen Stiftung großzügig unterstützte Tagung versammelte Teilnehmer aus nicht weniger als acht europäischen Ländern sowie aus Japan und den USA. Die Tagungssprache Englisch machte die Kommunikation unter den Teilnehmern möglich. Zu den Referenten bzw. Kommentatoren zählten nicht nur sowohl etablierte als auch jüngere Historikerinnen und Historiker, sondern auch Politologen, Soziologen und eine Kunsthistorikerin.

Wie *Benjamin Ziemann* (Sheffield) in seiner Einführung betonte, besteht nicht nur ein offenkundiger Mangel an vergleichenden Arbeiten zu Friedensbewegungen seit 1945 in Westeuropa, Japan und den USA. Denn dieses Forschungsfeld ist auch durch die theoretischen Ansätze in der Soziologie zur Mobilisierungsfähigkeit und Funktion von sozialen Bewegungen in pluralistischen Demokratien bestimmt und beeinflusst. Seit dem „resource mobilization“ Ansatz hat sich die soziologische Diskussion aber in Richtung konstruktivistischer Ansätze weiterentwickelt, was bisher von den Historikern der Friedensbewegungen kaum rezipiert worden ist. Im Einklang damit stehen nunmehr die Symbole, die moralischen Codes und die performativen Aspekte von Friedensbewegungen auf der Forschungsagenda. Manches spricht zudem dafür, dass Friedensbewegungen als Bewegungen das eigentliche Ziel des Friedens nur sehr unscharf artikulieren können, da die Ziele von sozialen Bewegungen nachgereichte Skripts sind, welche die Identität von erfolgreicher kollektiver Mobilisierung ex post stabilisieren sollen. Die Futurisierung und Beschleunigung der Friedensvision durch soziale Bewegungen – um die Terminologie von Reinhart Koselleck zu benutzen – seien jedenfalls ein Aspekt, der vermehrte Aufmerksamkeit finden sollte.

Rhetorik und Semantik in transnationaler Perspektive

Die erste Tagungssektion widmete sich anhand von drei Beispielen den Formen von Rhetorik und Protest. Am Beispiel der Deutschen Friedensgesellschaft analysierte *Andrew Oppenheimer* (Chicago) den Wandel in der pazifistischen Rhetorik der Solidarität. In den ersten Nachkriegsjahren ging die DFG wie selbstverständlich von der nationalen Selbstbestimmung als Basis jeder internationalen Friedensordnung aus und war auf die Selbstkritik des ‚deutschen‘ Militarismus fokussiert. Erst seit den ersten H-Bombentests weitete sich die Perspektive zu einer universellen, globalen Bedrohungsanalyse. Unter dem Einfluss von Gedankenfiguren der Bekennenden Kirche entwickelten wichtige Vertreter der DFG die Idee einer supranationalen globalen Gemeinschaft, die solidarisches Handeln erforderlich macht. Doch diese Perzeption der Menschheitsfamilie als eines Opfers der atomaren Gewalt geriet gegen Ende der 1960er Jahre mehr und mehr in Konflikt mit der Bereitschaft vieler DFG-Mitglieder, den Aktivismus von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu unterstützen, und machte damit auch die Priorität gewaltfreier Aktionsformen problematisch.

Als ein Beispiel performativer Protestkommunikation analysierte *Michael S. Foley* (New York) das draft resistance movement in Puerto Rico und Boston. Die nationale Unabhängigkeitsbewegung in Puerto Rico griff bereits seit 1965 zum Mittel der öffentlichen Verweigerung, sich einzulassen, und verglich ihren Kampf mit dem Unabhängigkeitskampf der Vietnamesen. Die zumeist der Mittelklasse entstammenden ‚draft resisters‘ in Boston seit 1967 waren zumeist vom Wehrdienst zurückgestellt. Mit der öffentlichen Einlieferung von draft cards beim Justizministerium oder ihrer öffentlichen Verbrennung liefen sie also Gefahr, zum Wehrdienst eingezogen zu werden. Sowohl in Puerto Rico als auch in Boston war der draft resistance erfolgreich darin, die Öffentlichkeit von der Ungerechtigkeit des Systems der Einberufung und Zurückstellungen zu überzeugen, und hatte damit zumindest mittelbar auch Einfluss auf die Nixon Administration, die unmittelbar nach ihrem Amtsantritt eine tief greifende Reform des Systems in Angriff nahm.

Die Entstehung einer neuen Form von Friedensprotesten verfolgte *Volker Fuhr* (Hiro-saki) am Beispiel Japans. Die Proteste der fünfziger Jahre gegen Atomwaffen und H-Bombenversuche hatten dort ganz im Zeichen der Mobilisierung durch die sozialistische und kommunistische Partei gestanden. Diese Bewegungen artikulierten sich in der Sprache der Viktimisierung und nahmen Bezug auf die Atombombenopfer des Jahres 1945 („hibakusha“). Mit den Protesten gegen die Revision des amerikanisch-japanischen Friedensvertrages 1959/60 (anpo tōsō) war jedoch der Höhe- und Wendepunkt dieser Bewegung erreicht, die wegen interner Konflikte und ihrer mangelnden Glaubwürdigkeit durch das Fehlen einer Kritik an sowjetischen Atomwaffen jedoch an Mobilisierungskraft verlor. Ein neues Kapitel in der Geschichte sozialer Bewegungen in Japan wurde erst mit der Beheiren-Bewegung gegen den Vietnamkrieg seit 1965 eröffnet. Beheiren war eine ein-Punkt-Bewegung, die ganz auf die Fähigkeit zur Selbstorganisation des ‚grassroots‘ Aktivisten setzte und eine Fülle neuer performativer Aktionsformen erstmals in Japan erprobte und praktizierte. Auch die Konzentration auf Japan als ‚Opfer‘ überwand Beheiren zumindest ansatzweise, indem Japans politische und logistische Einbeziehung in die US-Kriegführung in Vietnam thematisiert wurde.

In seinem Kommentar hob *Thomas Kühne* (Worcester, Mass.) insbesondere hervor, dass die Geschlechterrollen und -symboliken der Friedensbewegungen stärker explizit gemacht werden müssten. Dabei komme es nicht nur darauf an, die Rolle von geschlechtsspezifischen Vergemeinschaftungsformen innerhalb der Bewegungen zu analysieren, sondern auch, soweit möglich, den Einfluss von sozialen Bewegungen auf die Geschlechterordnung der Gesellschaft zu analysieren. Erst in dieser Perspektive könnten auch augenfällige funktionale Ähnlichkeiten zwischen dem Friedensprotest und seinem Gegner, dem Militär, thematisiert werden. Als ein Beispiel dafür führte Kühne die Sprachen der Viktimisierung und des selbstlosen Sakrifiziums an, die in den drei Beispielen angesprochen wurden, welche dominant weiblich bzw. männlich konnotiert seien. Insbesondere mit Blick auf die protestantisch eingefärbten Viktimisierungsdiskurse innerhalb der DFG sei es jedoch auffällig, wie sehr sie der Sprache der Veteranenkultur ehemaliger Wehrmachtssoldaten entsprochen hätten, die sich zur selben Zeit auf der anderen Seite des politischen Spektrums artikulierten. In der Diskussion wurden einige dieser Aspekte weiter problematisiert und vertieft, wie z. B. die Bedeutung des in bundesrepublikanischen Friedensprotesten oft anzutreffenden Vergleichs von Hiroshima mit Auschwitz, bei dem letzteres oftmals auf eine technologische Innovation verkürzt und sogar nachgeordnet wurde, da nur Hiroshima eine wirklich globale Gefahr symbolisiere. Dies gab zu der Frage Anlass, inwieweit gerade die westdeutsche Friedensbewegung nicht auch als eine moralische Relativierung der NS-Verbrechen und NS-Vergangenheit zu verstehen sei. Dieser Punkt gelte aber auch für den japanischen Fall, da durch die Überhöhung von Hiroshima die Kriegsverbrechen der Japaner im Zweiten Weltkrieg dethematisiert werden konnten. Mit Blick auf Geschlechterbilder wurde hervorgehoben, dass gerade in besonders aktivistischen und kämpferischen Friedensprotesten primär Männer zu Männern sprechen und Frauen nur indirekt in den Blick kommen würden, insofern die „good girls“ die „good boys“ angeblich besonders attraktiv fänden. Aus soziologischer Perspektive wurde darauf hingewiesen, dass das Konzept des „Framing“ einen wichtigen Ansatz zur funktionalen Analyse der Semantiken sozialer Bewegungen bietet, wobei „diagnostic frames“ (was ist das Problem?), „motivational frames“ (was ist die treibende Kraft des Protests?) und „prognostic frames“ (was passiert wenn wir nicht handeln?) zu unterscheiden seien. Die Frage, ob der Anti-Amerikanismus eventuell einen übergreifenden motivationalen ‚Masterframe‘ der Friedensbewegungen in verschiedenen Ländern dargestellt habe, wurde kontrovers diskutiert. Ein Einwand bezog sich dabei auch auf die Periodisierung. Denn die USA hätten erst seit den 1960er Jahren im Zentrum der Kritik gestanden, während bis dahin eher die Niederlande und Frankreich als in Dekolonialisierungskriege verwickelte Mächte den Bezugspunkt von Friedensbewegungen geliefert hätten.

Die zweite Sektion ging den transnationalen Verbindungen von Friedensbewegungen und ihren Bezügen zu anderen sozialen Bewegungen nach. „Peace and Civil Rights don't mix, they say“. Mit diesen Worten beschrieb Martin Luther King 1967 die Trennung von Friedens- und Bürgerrechtsbewegung in einer berühmten Rede, die den Ausgangspunkt für den Beitrag von *Robbie Lieberman* (Carbondale/Illinois, USA) bot. Sie behandelte darin die Auswirkungen des Antikommunismus auf die sozialen Bewegungen in den USA seit dem

Ende des Zweiten Weltkrieges und wie dieser es bis 1967 verhindert hatte, dass die Mehrheit der Bürgerrechtsbewegung das als ‚kommunistisch‘ gebrandmarkte Thema Frieden aufnahm. So waren es nur einzelne Gruppen und Personen, die wie Enola Maxwell eine Verbindung beider Themen suchten und erklärten: „One issue leaves me cold.“ Als Martin Luther King 1967 das Wort ergriff, war es nach Auffassung von Lieberman aber zu spät, als dass diese Intervention noch nachhaltige Wirkung hätte entfalten können. Stattdessen rückte sie die Bürgerrechtler in die Nähe der sich zur gleichen Zeit radikalisierenden Anti-Vietnam-Bewegung und zog eine weitere Überwachung des Civil Rights Movement durch die Polizei sowie vehemente Kritik der rechtsgerichteten Presse nach sich.

Thematisch-geographische Querverbindungen untersuchte *Massimo De Giuseppe* (Mailand) in seinem Beitrag, der die Bezugnahme italienischer Pazifisten auf Lateinamerika im Zeitraum von 1955–1980 darstellte. Deren Interesse wurde zunächst durch die Bewegung der blockfreien Staaten und durch die Befreiungsbewegungen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas angestoßen. Eine entscheidende Rolle spielten aber weiterhin die Impulse der lateinamerikanischen Befreiungstheologen und deren Verknüpfung der Themen Frieden, Unterentwicklung und globale Gerechtigkeit. Diese avancierten nicht nur zu einem wichtigen Bezugspunkt des postkonziliaren italienischen Katholizismus und damit der katholischen Pazifisten, sondern waren zugleich ein Referenzpunkt auch für sozialistische Strömungen in der italienischen Friedensbewegung und sorgten damit für eine Aufweichung der strikten Lagergrenzen in der politischen Kultur Italiens. Ende der siebziger Jahre waren es dann der Sieg der Sandinisten in Nicaragua und die Ermordung von Erzbischof Romero in San Salvador 1980, welche die italienische Friedensbewegung erneut auf Lateinamerika fokussierten. De Giuseppe warf abschließend die Frage auf, welche Gründe in der Folge zum Verschwinden Lateinamerikas aus dem Bewusstsein der Friedensbewegungen und der kritischen Öffentlichkeit in Italien geführt habe, und erklärte dies u. a. mit der veränderten Rolle und Struktur der Massenmedien in der italienischen Gesellschaft.

Studentische Friedensbewegungen in den USA und Großbritannien untersuchte *Caroline Hoefflerle* (Wingate/NC, USA) in ihrem Beitrag. Die Studentenbewegungen verfügten dabei in beiden Fällen über eine Fülle von Kontakten und Bezugspunkten außerhalb des Campus und waren zugleich „multi-issue“ Bewegungen, die nicht allein Friedensthemen wie den Protest gegen den Vietnamkrieg adressierten, auch wenn diese Bezüge in den USA stärker ausgeprägt waren als in Großbritannien. Hoefflerle zufolge waren es weniger die direkten personellen Querverbindungen zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich, welche die Parallelität der Mobilisierungswellen synchronisierten, sondern die strukturellen Ähnlichkeiten der Hochschulsysteme in den beiden Ländern sowie die massenmediale Verbreitung von kulturellen Symboliken des Protests auf beiden Seiten des Atlantiks.

In seinem Kommentar vertrat *Gerd Rainer Horn* (Warwick, England) die These, dass der Fokus auf eine ein-Punkt Bewegung die Mobilisierung tendenziell erleichtern würde, und dass der Anti-Kommunismus in den USA paradoxerweise eher die Radikalisierung von ein-Punkt Bewegungen gefördert habe und damit sein Ziel, Amerika gegen den Radikalismus abzuschirmen, gerade verfehlt habe. Der erste dieser beiden Punkte, die Vor- und Nachteile von single- oder multi-issue Bewegungen, standen im Zentrum einer lebhaften und kontro-

versen Diskussion. Aus soziologischer Perspektive kam dabei der Hinweis, dass die Bewertung des ‚Erfolges‘ auch von Messproblemen abhängt, da die Erfolge von mehrthemenatischen Bewegungen nur äußerst schwierig zu bestimmen seien. In historischer Perspektive wurde als ein wichtiger Punkt für den Erfolg die Kontinuität sozialer Bewegungen angesprochen, da Lernprozesse bei der Mobilisierung neuer Generationen von Aktivisten oft verloren gingen. Dem steht das Beispiel der pro-algerischen Aktivisten in Frankreich gegenüber, von denen viele später führende Persönlichkeiten des Anti-Vietnamkriegsprotestes waren. Skeptische Stimmen bezogen sich auf die am Beispiel der US- Bürgerrechtsbewegung unterstellte Logik des ‚zu spät‘ für die Einbeziehung anderer Themen. Mit Blick auf das italienische Beispiel wurde auf die Zirkulation von Ideen verwiesen, da viele der Protagonisten der Befreiungstheologie beim Studium in Louvain mit marxistischen und soziologischen Ideen in Kontakt gekommen seien.

Symbole und symbolische Politik der Friedensbewegung

In der dritten Sektion ging es um die symbolische Politik von Friedensbewegungen. *Holger Nehring* (Oxford) erläuterte am Beispiel der Campaign for Nuclear Disarmament und der Ostermarschbewegung in der Bundesrepublik die Bedeutung symbolischer Selbstdarstellung für die Akzeptanz von Friedensbewegungen in der jeweiligen Öffentlichkeit. Die CND betonte in ihrem Auftreten und ihren Märschen ihre Respektabilität und knüpfte damit an die Selbstbeschreibung der britischen Gesellschaft als eines ‚peacable kingdom‘ an. Dabei blieb aber unklar, was Frieden und Sicherheit letztlich bedeuten sollten, und so fehlte ein Band, das die Einheit der Friedensbewegung intern und auch gegenüber der Labour Party, aus der die meisten ‚Bewegten‘ stammten, markieren konnte. Die antikommunistische Grundstruktur der westdeutschen Öffentlichkeit ließ die Ostermarschierer dagegen viel enger zusammenrücken und unterstützte die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls. Im Verlauf der Zeit konnte die Ostermarschbewegung damit die Grenzen des Politischen in der Bundesrepublik erweitern und das Ziel der nuklearen Abrüstung mit dem Kampf für eine Erweiterung demokratischer Selbstorganisation verbinden.

An Beispielen aus der westdeutschen Pax Christi Bewegung beschrieb *Barbara Stambolis* (Siegen) die Nutzung christlicher Symbole in Friedenswallfahrten und anderen performativen Aktionsformen. Die Nutzung des Kreuzes griff nicht nur auf dessen hohen Wiedererkennungswert zurück, sondern hatte auch die Medienwirksamkeit solcher Aktionen im Blick. Seit den 1980er Jahren sind aber auch säkulare Symbole wie ein ‚Friedens-Kenotaph‘ mehr und mehr benutzt worden. Diese Erweiterung des symbolischen Repertoires der katholischen Friedensproteste verweist Stambolis zufolge zum einen auf die nur lockere Kohäsion der Bewegung selbst, zum anderen aber auch auf die Notwendigkeit, sich gegenüber anderen christlichen und nicht-konfessionellen Gruppen und Interessenten zu öffnen, um weiterhin eine Rezeption der eigenen Aktivitäten im Zeichen des Traditionsabbruchs im katholischen Milieu garantieren zu können.

Der Soziologe *Fabian Virchow* (Marburg) analysierte die Nutzung von Symbolen der Friedensbewegung in Protestmärschen und der Öffentlichkeitsarbeit neofaschistischer

Gruppen in der Bundesrepublik seit den 1990er Jahren. Im Zeichen eines militanten Anti-Amerikanismus und eines ethnischen Nationalismus greifen diese Gruppen verstärkt auf die Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki oder auf die Atompilz-Symboliken der Friedensbewegung zurück. Virchow warf die Frage auf, ob diese Enteignung von Symbolen als Mimikry, als Provokation oder als authentische Aneignung zu interpretieren sei. Im Vordergrund stünde dabei wohl vor allem die Mimikry, also die Ausbeutung eines symbolischen Repertoires, das sich in Bewegungen der ‚Linken‘ als tragfähig erwiesen hat, und das Ziel der symbolischen Provokation dieses Gegners in Straßenaktionen. Auf der anderen Seite sei aber etwa der Protest gegen die amerikanische Intervention im Irak 2003 in seinen ‚anti-imperialistischen‘ Motivstrukturen gegen die Hegemonie der USA eine authentische Ausdrucksform neofaschistischer Ideologie in der Bundesrepublik gewesen.

Thorsten Bonacker (Marburg) hob in seinem Kommentar hervor, dass die symbolische Politik nicht nur als etwas zu sehen sei, das einer bereits existierenden Friedensbewegung gewissermaßen als Ausdrucksseite hinzugefügt wird. In einer Kritik an allen drei Papieren hob er vielmehr hervor, dass die symbolische Kommunikation von Bedrohungsszenarien ein fundamentaler Bestandteil der Formierung einer kollektiven Identität der Bewegungen ist. Symbole leisten Bonacker zufolge am ehesten dann einen nachhaltigen Beitrag zur Generierung von Konsensfiktionen in sozialen Bewegungen, wenn sie möglichst vieldeutig sind und unterschiedliche Bedeutungszuschreibungen ermöglichen. Diese Ambiguität und Ambivalenz von Symbolen stand auch im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion.

Die vierte Sektion widmete sich der ikonographischen Dimension von Friedensbewegungen. In einem weit angelegten Überblick stellte *Sabine Rousseau* (Lyon) die Bilderwelt des kommunistischen „Mouvement de la Paix“ von 1945 bis in die 1980er Jahre anhand der von dieser Bewegung in Auftrag gegebenen Plakate dar. Sie unterschied dabei analytisch zwischen dem historischen Kontext, der ikonographischen Tradition von Plakatkunst im weitesten Sinne sowie der semiotischen Dimension von Schlüsselsymbolen wie der Friedenstaube oder Hiroshima. Die Plakate der fünfziger Jahre konzentrieren sich auf die Gefahren der deutschen Wiederbewaffnung und rufen die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auf. Im Verlauf der sechziger Jahre tritt die Idee der friedlichen Koexistenz in den Vordergrund, die etwa durch die Flaggen der Nationalstaaten symbolisiert werden konnte, der ein Atompilz als Symbol der drohenden Vernichtung entgegengestellt wurde. Poster aus der Zeit des Vietnamkrieges oszillierten zwischen der Darstellung eines zumeist weiblichen Opfers und Darstellungen eines nordvietnamesischen Freiheitskämpfers. Die klare und letztlich manichäische Gegenüberstellung von Frieden und Zerstörung, gut und böse, die für die gesamte Zeit seit 1945 ein Leitmotiv der Plakate war, verliert sich in den 1980er Jahren zugunsten einer ironischen Attitüde. Nun zeigten die Plakate verknotete Raketenhälse oder eine Kinderhand, die mit einem Radiergummi eine Rakete ausradieren konnte.

Auf eine sehr viel dramatischere Nutzung von bildlichen Symbolen bezog sich *Jeremy Varon* (Madison/NJ, USA) in seinem Referat, das die Nutzung der Flagge der NFL, der nordvietnamesischen Befreiungsfront, durch radikale Antikriegsdemonstranten in den USA behandelte. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung am 15. November 1969, als

Demonstranten das Gebäude des US-Justizministeriums in Washington D.C. stürmten, das Star Spangled Banner einholten und stattdessen die Flagge der NFL hißten. Varon zufolge spiegelte sich in solchen Aktionen nicht nur das Bemühen um Provokation und die symbolische Eroberung eines Territoriums, das dem Gegner der Friedensbewegung gehörte, sondern auch die Erschöpfung eines Teils des „Anti-Vietnam War Movement“. Dieser wollte sich nicht mehr länger damit zufrieden geben, nur gegen etwas zu demonstrieren. Mit dem Hissen der Flagge des aktuellen Kriegsgegners griff man deshalb zu einem drastischen und in der Geschichte des Antikriegsprotestes wohl einmaligen Mittel.

In ihrem Kommentar forderte *Jutta Held* (Osnabrück) dazu auf, die vorgestellten Bilder noch sehr viel stärker in der ikonographischen und semiotischen Tradition und Traditionskritik zu verorten. Im Hinblick auf Frankreich erläuterte sie dies am Beispiel eines Bildes, das die Volksfront der 1930er Jahre darstellte. Im Gegensatz zu einem von Rousseau vorgestellten Beispiel kam die Menge hier auf den Betrachter zu, anstatt von ihm wegzugehen, und wies eine höhere Geschlossenheit bei gleichzeitiger Erkennbarkeit des Individuums auf als eine vergleichbare Abbildung aus den 1950er Jahren. Held wertete dies als ein Indiz für die ikonographische Schwäche des MVP in den 1950er Jahren. Sie erinnerte zudem an einen Text aus den „Mythen des Alltags“ von Roland Barthes, in dem dieser die Flagge als ein Symbol der nationalen Einigkeit dekonstruiert hatte. In der Diskussion wurde u. a. die Frage aufgeworfen, wie die Rezeption solcher Darstellungen durch das Publikum zu messen und bewerten sein könne. In einem Vergleich mit dem aktuellen Irakkrieg wurde darauf hingewiesen, daß dieser eben bislang noch kein bildliches Symbol des irakischen Widerstandes hervorgebracht habe. Andere Fragen berührten die Einschätzung der Autonomie des MVP und seinen Stellenwert innerhalb der französischen Friedensbewegung.

Akteure, Beobachter und Gegner von Friedensprotesten

Das fünfte Panel thematisierte die Beobachtung der Friedensbewegungen durch externe Akteure. An der Schnittstelle von innen und außen standen die „Gegenexperten“ der bundesdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren deren Rolle und Bedeutung *Corinna Hauswedell* (Bonn) analysierte. Demnach trugen diese Naturwissenschaftler durch die öffentliche Darstellung von ‚harten Fakten‘ über die Gefahren atomarer Waffensysteme und weiterer Hochrüstung entscheidend dazu bei, das Profil eines ‚rationalen Pazifismus‘ zu schärfen. Dieser habe sich durch eine stärkere ‚policy‘-Orientierung ausgezeichnet, d. h. intensiver und zielgerichteter als frühere Friedensbewegungen zentrale Akteure im politischen System adressiert. Zugleich hätten die Massenmedien positiv auf diese Form der Propagierung von ‚friedensbewegten‘ Zielen reagiert und den Darlegungen der Gegenexperten ein Forum gegeben, wie Hauswedell vor allem am Beispiel des „Spiegel“ darstellte.

Ein in dieser Form wohl extremes Beispiel staatlicher Kontrolle und Repression von Friedensbewegungen stellte *Dimitrios Tsakiris* (Epirus) an Beispielen aus Griechenland von 1950 bis zum Beginn der Militärdiktatur 1967 vor. Aktionen und Aktivitäten der seit 1955 bestehenden Friedensassoziation EEDYE, die dem Weltfriedensrat nahe stand, aber nicht mit ihm verbunden war, wurden von der griechischen Polizei intensiv überwacht und mit

zahlreichen Repressalien unterbunden. Nach dem Vorbild des Aldermaston-London Marsches versuchte man erstmals 1963, einen Friedensmarsch von Marathon nach Athen zu organisieren. Allerdings war Grigoris Lambrakis, Vizepräsident der EEDYE und Parlamentsmitglied, aufgrund seiner parlamentarischen Immunität nach zahlreichen Repressalien im Vorfeld der Demonstration letztlich der einzige, der den Marsch tatsächlich durchführen konnte. Wenige Wochen später wurde Lambrakis von zwei Angehörigen einer parastaatlichen Terrorereinheit bei einem fingierten Verkehrsunfall getötet. Der Fall Lambrakis war der Höhepunkt einer intensiven Repression von Friedensaktivitäten, hinter denen der Staatsapparat die verbotene kommunistische Partei vermutete, und die in einer ungebrochenen Kontinuität vom Ende des Bürgerkrieges 1949 bis zur Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1974 reichen.

In seinem Kommentar warf *Klaus Weinbauer* (Bielefeld) die Frage nach der Rolle bzw. nach der mangelnden Stärke zivilgesellschaftlicher Strukturen für die unterschiedlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik und Griechenland auf. Mit Blick auf die weitreichende Akzeptanz der ‚Gegenexperten‘ und ihrer Thesen in den 1980er Jahren stellte er zur Diskussion, ob diese nicht auch vor dem Hintergrund der zu dieser Zeit an Einfluss gewinnenden Diskurse über die Risikogesellschaft und das ‚risk assessment‘ interpretiert werden müssten. In der kontroversen Diskussion der Thesen von Hauswedell wurde u. a. bezweifelt, dass der Einsatz von Experten tatsächlich einen Zugewinn an ‚harten Fakten‘ und Überzeugungskraft bedeutet hätte. Denn die Rolle von Experten in der Mediendemokratie sei nicht konstativ, sondern vor allem performativ, und der Gewinn an Sachlichkeit sei mit dem Verlust an moralischer Überzeugungskraft erkaufte worden, den zuvor alte und damit an ‚Lebenserfahrung‘ reiche Theologen oder Schriftsteller wie Albert Schweitzer oder Heinrich Böll der Öffentlichkeit hätten vermitteln können. Dagegen wurde etwa eingewandt, dass naturwissenschaftliche Experten eine eigene Ethik in die Friedensbewegung eingebracht hätten, und dass der Rückgriff auf ihre ‚harten‘ Befunde vor allem auch zur Selbstvergewisserung der Friedensaktivisten gedient hätte.

Die Schlussdiskussion wurde von *Dieter Rucht* (Berlin) mit Thesen zur generellen Bedeutung von sozialen Bewegungen in den Nachkriegsgesellschaften sowie zu Spezifika von Friedensbewegungen eingeleitet. Rucht betonte die Notwendigkeit, der Analyse ein triadisches Modell zu Grunde zu legen, dass nicht nur die Interaktion von Bewegungsakteuren und ihren Gegnern, sondern auch die Rolle des Publikums und dritter Parteien in den Blick nehme. Als Charakteristika von Friedensbewegungen im Gesamtspektrum sozialer Bewegungen hob Rucht u. a. hervor, dass sie reaktiv, und nicht proaktiv mobilisieren, nur kurzfristige Mobilisierungszyklen haben, eine hohe moralische Ladung aufweisen und oft zwischen nationalen und transnationalen Kontexten wechseln können. Eine weitere Besonderheit liege darin, dass sie anders als Studenten- und Frauenbewegungen über keine ‚natürliche‘ Basis verfügen würden, was eine inklusive Mobilisierungsstrategie erleichtern würde. Rucht schlug für die Zeit nach 1945 eine grobe Periodisierung vor, die zwischen einer ersten Phase mit geordneten Protestformen, moralischen Argumenten, Dominanz abgegrenzter Organisationen und einer gesellschaftlichen Minoritätsposition der Friedensbewegungen und einer zweiten Phase mit eher disruptiven Protesten, kognitiven Argumenten, netzwerkartigen

Organisationsstrukturen, kurzfristigem „Commitment“ der Aktivist:innen und einer starken Minoritätsposition der Friedensbewegungen in der Gesellschaft unterschied. Diese vor allem mit Blick auf das westdeutsche Beispiel formulierte Chronologie setzte den Protest gegen den Vietnamkrieg als Übergang zwischen der ersten und der zweiten Phase an. In der Abschlussdiskussion wurde u. a. auf den Wandel von der (kommunistisch dominierten) ‚Old Left‘ zur ‚New Left‘ abgehoben, der einen wichtigen Kontext für die von Rucht angesprochenen Verschiebungen gebildet habe. Andere Beiträge hoben die enorme Bedeutung des Anti-Kommunismus und des Anti-Amerikanismus als Rahmen für die Mobilisierung von Friedensbewegungen in der Epoche des Kalten Krieges hervor. Als ein weiteres Spezifikum von Friedensbewegungen wurde ihre Abhängigkeit von Veränderungen in der Form der Kriegführung und Militärorganisation bezeichnet, wie etwa die Abschaffung der Wehrpflicht in den USA oder die neuen Formen asymmetrischer Kriegführung im Zeichen des Krieges gegen den Terror zeigen.

Die intensiven Diskussionen der Bochumer Tagung haben ungeachtet der Fülle der in den Papieren angebotenen Informationen und Vergleichspunkte zunächst einmal deutlich gemacht, wie viel weitere Grundlagenarbeit in der Erforschung der Friedensbewegungen nach 1945 noch zu leisten ist. So wiesen etwa die Teilnehmer aus Dänemark und Norwegen darauf hin, dass die Friedensproteste in Skandinavien für diesen Zeitraum kaum ansatzweise erforscht seien, und auch für die südeuropäischen Länder ist der Forschungsstand immer noch sehr disparat. Weniger ein explizites Anliegen als vielmehr ein handfestes Ergebnis der Tagung war zudem die Notwendigkeit, die „heilige Kuh zu schlachten“, wie Thomas Kühne das in seinem Kommentar drastisch formulierte. Die bisherige Forschung zur Geschichte von Friedensbewegungen war zu stark den Zielen und vor allem den moralischen Codes dieser Bewegungen verpflichtet, als dass sie zur Dekonstruktion dieser Codes und damit zu einer historischen Analyse substanzielles hätte beitragen können. Eine solche Perspektive scheint aber um so mehr unverzichtbar, wenn man von der durch die Diskussionen der Tagung vielfach bestätigten Prämisse ausgeht, dass Friedensbewegungen keine notwendige oder gar naturwüchsige Reaktion auf eine stets gefährvolle Politik der Aufrüstung und des Krieges sind, sondern ihre Begründung und ihren Daseinsgrund gewissermaßen erst durch spezifische Muster der moralisch aufgeladenen Protestkommunikation schaffen. In der Abschlussdiskussion wurde nochmals darauf hingewiesen, welche immens große Rolle Geschlechtersymboliken und -praktiken in diesem Zusammenhang spielen, so etwa mit Blick auf die moralisch aufgeladenen wie geschlechtlich codierten Bilder und Sprachmuster von Viktimisierung und Leid, die viele Friedensbewegungen ubiquitär verwendet haben. Erst eine theoretisch informierte Geschlechtergeschichte der kommunikativen Formen des Friedensprotestes – die nicht mit der Analyse von Frauenfriedensbewegungen oder der Rolle von Frauen in pazifistischen Organisationen verwechselt werden sollte – wird diese wichtige Dimension des Themas nachhaltig ausleuchten. Die Tagungspapiere und Diskussionen gaben zudem viele Hinweise auf den genuin transnationalen Charakter der Friedensbewegungen seit 1945, insbesondere mit Blick auf symbolische Referenzpunkte, Sprachformen und performative Aktionsmuster. Es bedarf aber wohl noch weiterer Forschungen, um die Hintergründe für die Verbreitung und Rezeption dieser Muster präzise zu bestimmen. Die

Tagung hat auf jeden Fall deutlich gemacht, dass die Friedensbewegungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein Thema sind, dessen Bedeutung weit über den engeren Bereich der historischen Friedensforschung hinausreicht. Denn hier werden auch Kernfragen der Kulturgeschichte der Internationalen Beziehungen während des Kalten Krieges sowie der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der politischen Kultur in den westlichen Demokratien seit 1945 berührt.